

symbolisieren & kaschieren Der Diskurs ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht.

Michel Foucault

Aufschlag **Angelo D'Abundo**

Illustration **Sandra Heidkamp**

Oben/Unten, Mir/Dir, Sie/Ihn

Grenzen durchziehen Kontinente,
Staaten und Schlafzimmer – und
den Menschen selbst



Den Verlauf einer Grenze bestimmt die Perspektive der Betrachter_in. Das erschwert ihre Reflexion. Diese kritische Auseinandersetzung ist aber notwendig, wenn wir die Welt besser verstehen möchten.

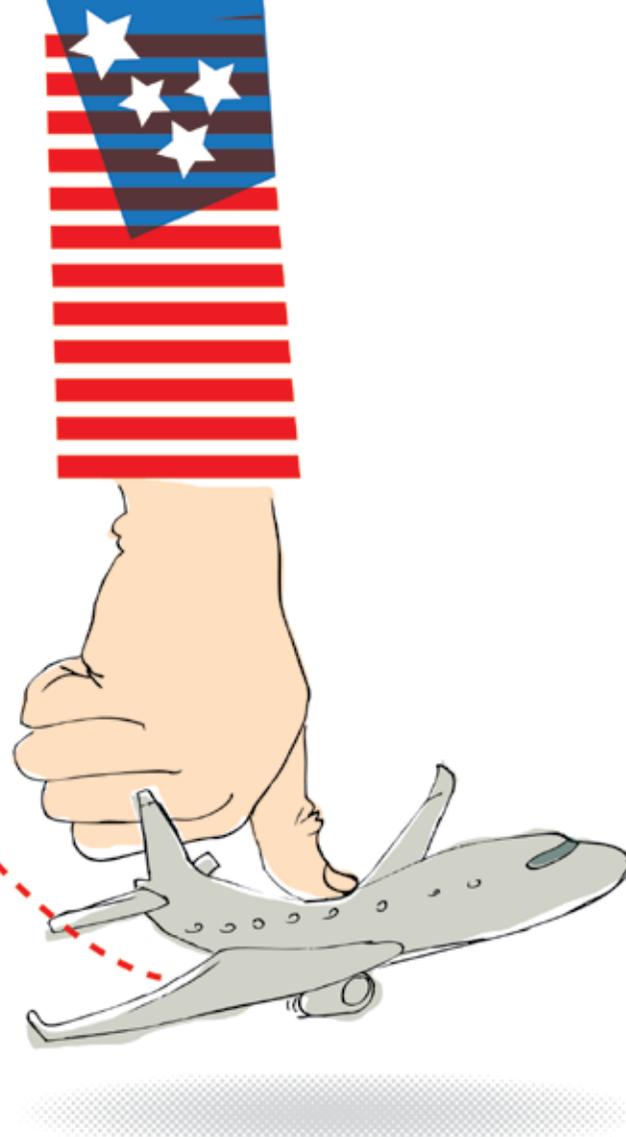
An der Seitenwand des Berliner Hausprojekts Köpi prangte bis vor einigen Jahren der Satz: „Die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.“ Vor ein paar Jahren entgegneten Unbekannte an einer Hauswand in unmittelbarer Nähe: „Die Grenze verläuft nicht zwischen oben und unten, sondern zwischen mir und dir“. Diese Graffiti sind Ausdruck eines ureigenen Anliegens der Menschheit: Die Auseinandersetzung mit den Grenzen der eigenen Existenz und denen innerhalb einer Gemeinschaft.

Aber woran denken wir genau, wenn wir über Grenzen sprechen? Eine Grenze kann eine Barriere sein, die Staatsgebiete voneinander trennt. Gut möglich, dass viele von uns dabei an die historische deutsch-deutsche Staatsgrenze denken, die Berliner Mauer, an den Todesstreifen, an Grenztruppen oder den Checkpoint Charlie. Diese Grenze ist heute – zumindest de jure – überwunden. Der Fall des Eisernen Vorhangs hat die Welt von einer bipolaren Ordnung befreit, die man von ihren Grenzen her dachte. Das Internet und die freie Marktwirtschaft haben dazu beigetragen, dass bestehende Grenzen heute durchlässiger geworden sind. Mit den vier geschaffenen Maastrichter Freiheiten entstand in Europa ein Raum, dessen Grenzen nicht mehr Schlagbäume, sondern kulturelle Gemeinsamkeiten bestimmen sollen. Ein zentrales Merkmal dieser neuartigen Gemeinschaft ist die kontinuierliche Verschiebung von Grenzen.

Dass diese Entwicklung bisher keineswegs in eine grenzenlose Gesellschaft mündete, deuten nicht nur die beiden Graffiti in der Nähe der Berliner Schillingbrücke an. Die Beiträge dieser Ausgabe wollen verschiedenste Dimensionen gesellschaftlicher Grenzen herausarbeiten. Schnell wird dabei klar, dass *Grenze* per se kein eindeutiges, sondern ein höchst zwiespältiges Konzept ist: Jede analytische Perspektive zieht andere Grenzen durch eine ohnehin kontingente Wirklichkeit.

Der totgesagte Nationalstaat: Handlungsstark, aber fragil

Diese Ambivalenz zeigt sich bereits am Beispiel ‚der‘ Grenze zwischen Nationalstaaten. In den 90er Jahren stimmten viele Experten einen Abgang auf den Nationalstaat an, der den Herausforderungen der alles umwälzenden Globalisierung nicht mehr gewachsen sei (Strange 1996). Als im Zuge der Banken- und Finanzkrise im Jahre 2008 die Welt aus den Fugen geriet, riefen viele seiner schärfsten Kritiker wieder nach dem Staat, der die Weltwirtschaft vor dem Kollaps retten sollte.



Auch noch vier Jahre später gilt: Die Wirksamkeit des Nationalstaates wurde neu vermessen. In Europa wie in Nordamerika sind es die nationalen Regierungen, die intergouvernementale Kompromisse aushandeln und Rettungspakete schnüren. Supranationale Akteure wie die Europäische Union bleiben begrenzt handlungsfähig, solange wenige mächtige Teilnehmer den Willen der Mehrheit neutralisieren können. Deswegen sind auch grenzübergreifende Lösungsansätze, etwa in der Umwelt- oder Finanzpolitik, bisher mäßig erfolgreich geblieben. Die Staatsgrenzen dieser Welt scheinen zementierter denn je.

Dass diese Gewissheit allenfalls vorläufig gültig ist, zeigen die Fotografien von Maximilian Norz. Seine Kamera nimmt die jüngste Staatsgrenze der Welt in den Blick, die im Juli 2011 zwischen dem Südsudan und dem nördlichen Teil Sudans

entstand. Wie flüchtig, wie fragil diese Grenze ist, macht bereits der Umstand deutlich, dass sich beide Parteien bis heute nicht auf deren genauen Verlauf einigen können (Baxmann et al. 2011: 164). Dass eine staatszentrierte Perspektive auf Grenzen den Blick auf ebenso relevante Trennlinien im Staatsinneren versperrt, zeigt der Beitrag von Julia Solinski. Asylsuchende und Geduldete leben in einem von hunderten Grenzen durchzogenen Staat. Die Bundesrepublik Deutschland besteht für sie aus hunderten parzellierten Verwaltungsbezirken, die sie nur mit einer Sondergenehmigung passieren dürfen. Deren Erteilung hängt oftmals einzig vom Wohlwollen der zuständigen Behörde ab. Das zeigt: Politische Macht entscheidet über Grenzen.

Eine andere mächtige Behörde, die neue Grenzen zieht, ist Gegenstand des Textes von Julia Schäußele. Das *Department of Homeland Security* legt umfangreiche Profile über Einreisewillige in die USA an. Schon am Ort des Abflugs entscheiden Verantwortliche, welche Menschen in die Vereinigten Staaten einreisen dürfen – und welche nicht. Damit verletzen die USA nicht nur gültiges Datenschutzrecht, sondern verlegen ihre Außengrenzen tief in den Machtbereich anderer Staaten. „Warum dürfen die das?“, fragt die Autorin am Beispiel der Fluglinie Lufthansa. Offensichtlich setzt die Behörde die Fluglinien unter massiven ökonomischen Druck, um diese zur Überschreitung rechtlicher Grenzen zu zwingen. Dieser Beitrag ist nicht nur ein weiterer Hinweis auf die Ambivalenz der modernen Staatsgrenze. Der Text offenbart auch: ökonomische Macht und Deutungshoheit gehen Hand in Hand.

Die Deutungshoheit der Oikodizee

Diese Deutungsmacht hat die neoliberale Denkschule in der Wirtschaft und Politik Europas und Nordamerikas zweifelsohne für sich beansprucht. Dass diese Kräfte auch nach dem 2008 erlittenen Schiffbruch am Ruder bleiben konnten, liegt vor allem an ihrem politischen Einfluss. In seiner aktuellen Studie *Das seltsame Überleben des Neoliberalismus* schildert Colin Crouch, wie Großkonzerne und Banken den Antagonismus von Markt und Staat zu einem „komfortablen Arrangement“ ausgeweitet haben (Crouch 2011: 128ff.). Aber wie ist die Anziehungskraft dieser Denkschule zu erklären? Warum verlassen sich die politischen und ökonomischen Eliten der westlichen Gesellschaft ausnahmslos auf das neoliberale Deutungsangebot? Diesen Fragen gehen Kieran Heinemann und Marius Reiserer

Warum verlassen sich die Eliten der westlichen Gesellschaft ausnahmslos auf das neoliberale Deutungsangebot?

in einem Interview mit Joseph Vogl nach. Der Literaturwissenschaftler ist Autor der vielbeachteten Studie *Das Gespenst des Kapitals*, in der er entlarvt, wie die Wirtschaftswissenschaften den zutiefst irrationalen Kern des Kapitalismus mit einer aufwendigen Rechtfertigungslehre, der *Oikodizee*, in kühle Rationalität kleiden.

Dieses Gespräch über die theoretischen Grundlagen des Siegeszuges des Kapitalismus ergänzt eine Rezension von Kieran Heinemann, die sich mit E. H. H. Greens ebenso informierter wie anschaulicher Studie des Thatcherismus auseinandersetzt. Die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher steht wie der Amerikaner Ronald Reagan für den Beginn des neoliberalen Zeitalters, in dem das Verhältnis von Staat und Individuum und die Grenzen zwischen Politik und Wirtschaft neu bestimmt wur-

den. Mit der Umsetzung ihrer politischen Mission spaltete Thatcher die britische Gesellschaft. Zwar liegt die Regierungszeit der ehemaligen Premierministerin bereits über 20 Jahre zurück; ihr politisches Erbe ist dennoch hochaktuell. Mit einem Unterschied: Mehr denn je bestimmen Banken und Großkonzerne die Spielräume der Politik. Dabei befeuert diese unheilige Allianz eine Spielart des Kapitalismus, die auf den intensiven Einsatz endlicher Ressourcen angewiesen bleibt – trotz aller Warnungen der Klimawissenschaftler.

Christopher Knupp kommt zu einem Schluss, der der interessierten Leserschaft nicht neu sein dürfte: Das neoklassische Wachstumsparadigma wird in absehbarer Zeit an seine Grenzen stoßen, weil seine ressourcentechnischen Grundlagen aufgezehrt sein werden. Nach dem Peak Oil, dem globalen Ölfördermaximum, kann die Entwicklung effizienterer Technologien den kapitalistischen Kollaps zwar aufschieben, aber nicht verhindern. Deswegen plädiert der Autor für den Abschied von der Wachstumsideologie und eine ökologische Wende – Forderungen, die seit Jahrzehnten im Raum stehen. Die größte Gefahr könnte dabei die politische Apathie darstellen.

Deswegen mahnte Dennis R. Meadows, der Autor der bahnbrechenden Studie *The Limits to Growth*, bereits vor 40 Jahren: „Wenn die Menschheit wartet, bis die Belastungen und Zwänge offen zutage treten, [...] hat sie zu lange gewartet“ (Meadows 1972: 164).

Derweil hat der ökonomische Ressourcenhunger einen der letzten Räume entdeckt, der von menschlichen Eingriffen bisher vergleichsweise unberührt blieb: die Tiefsee. *Katharina Kreymborg* warnt vor den drastischen ökologischen Konsequenzen des Tiefseebergbaus. Weil Wissenschaft und Industrie bisher noch nicht genügend Informationen über dieses sensible Ökosystem ermittelt haben, plädiert die Autorin dafür, der wirtschaftlichen Ausbeutung der Tiefsee klare Grenzen zu setzen.

Dass eine solche Grenzziehung dem Kern der kapitalistischen Expansionslogik entgegensteht, stellt *Nino Klingler* in seinem Beitrag fest. In der Lesart des französischen Schriftstellers Georges Bataille ist die Entwicklung der Marktwirtschaft eine Geschichte der Grenzüberschreitungen. Diese Ausdehnung des kapitalistischen Modells stößt aber an natürliche Grenzen, sobald alle

Märkte erschlossen sind. Das stellt den funktionslogischen Kern der Marktwirtschaft infrage: Warum noch expandieren, wenn die Gesellschaft in sattem Wohlstand lebt? Der Autor illustriert am Beispiel des US-amerikanischen Blockbuster-Kinos, wie sich der Kapitalismus dieser Situation entzieht: Die erwirtschafteten Überschüsse werden verschwendet, um künstlichen Mangel zu erzeugen.

Die marktkonforme Demokratie

Unter den Grenzüberschreitungen der Marktwirtschaft leidet indes auch die Demokratie: Die internationalen Proteste gegen die gemeinwohlschädlichen Machenschaften der Finanzeliten boten ebenso wie die autoritär verordnete Austeritätspolitik der Europäischen Union und das Projekt Stuttgart 21 Anlass, über den Zustand der westlichen Demokratien nachzudenken. Das lässt sich auch an der Beliebtheit von Colin Crouchs polemischem Konzept der *Postdemokratie* ablesen. In dieser degenerierten Staatsform dürfen Bürgerinnen und Bürger zwar weiterhin wählen und Regierungen austauschen – echten Einfluss auf politische Entscheidungen üben sie dadurch aber nicht mehr aus. Politische und ökonomische Eliten bestimmen den von sorgfältig inszenierten Pseudodebatten begleiteten politischen Kurs (Crouch 2008: 10). Dieses Spannungsverhältnis zwischen Wahrheit und Inszenierung ist kein neues Phänomen. Seit der griechischen Antike sind Erzählungen Teil des politischen Instrumentariums (Meier 1988). *Daniel Drewski* spürt in seinem Beitrag der Frage nach, welche Rolle Mythen im politischen Diskurs Venezuelas einnehmen: Was geschieht, wenn Politik zu einer Erzählung wird? Sein Beitrag zeigt, dass der politische Mythos nach wie vor ein machtvoll Instrument ist, um politische Identitäten abzugrenzen und Entscheidungen zu rechtfertigen. Dabei ist es die Deutungsmacht über die politischen Narrative, die die politischen Kräfte Venezuelas für ihre Ziele zu nutzen versuchen.

Um der neoliberalen Deutung der ökonomischen Realität zu entsprechen, verpflichtete die Europäische Union einige Mitgliedstaaten zu drastischen Maßnahmen. Die Maxime dieses Unterfangens gab der Journalist Frank Schirrmacher aus, als er das verhinderte Referendum in Griechenland mit *Demokratie ist Ramsch* kommentierte (Schirrmacher 2011). Den nächsten Schritt dieser Entwicklung bildeten die in Griechenland und Italien ins Amt gehobenen Expertenregierungen. Mario Monti und Lucas Papademos übernahmen als Männer der

Märkte die Aufgabe, die schwächelnden Volkswirtschaften einer Rosskur zu unterziehen – ohne dafür ein demokratisches Mandat erhalten zu haben. Polemisch gedacht unterzogen sich die EU und ihre Sorgenkinder damit einem Schrumpfungskurs im doppelten Sinne: So wie die Ausgaben der öffentlichen Hand verschlankt und Staatsbesitz veräußert werden sollten, entschlackte die EU auch ihren aufgeblähten Wertekanon: Die Prinzipien der Demokratie, der Freiheit und der Gleichheit ersetzte Angela Merkels Glaubenssatz der *marktkonformen Demokratie*. Der neue Minimalkonsens der mächtigen Mitgliedstaaten ist, so scheint es, ein starker Euro. Die Inhalte europäischen Regierens bestimmen die Interessen des Finanzmarktkapitalismus, vertreten durch Marktanalysten und Buchhalter. Diese Entwicklung teilte die Mitgliedstaaten Europas in zwei Lager: Die PIIGS-Staaten, denen mit Ausnahme von Irland nur südeuropäische Staaten angehören, und die wirtschaftlich konsolidierten Staaten Zentral- und Nordeuropas. Von *Schuldensündern* ist die Rede, deren *Rettung* nötig sei. Die rhetorische Dimension dieser Polarisierung stützt Vogls Überlegungen zur Oikodizee: Als Sünder bezeichnet man im religiösen Kontext solche Menschen, die nicht nach den Gesetzen Gottes leben. Die Schuldensünder Südeuropas sind demnach vom Glauben an das Effizienz- und Wachstumsgebot des neoliberalen Kapitalismus abgefallen, ihre Rettung ist damit unausweichlich. Der Einwand, dass der Sündenbegriff inzwischen auch in profanen Kontexten gebräuchlich ist, greift zu kurz. Diese Argumentation unterschätzt die Wirkung eines solchen Sprachgebrauchs: „Die Sprache ist eine mächtige Lenkerin, die Denken, Empfinden und Werten in einer Weise vorprägt, von der man sich oft nur durch Erfahrung oder erhebliche geistige Anstrengung befreien kann“ (Klein 2010: 7).

Dieser Überlegung folgt auch *Manuel Marx*. Seine diskursanalytische Untersuchung der Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX legt offen, wie sprachliche Mittel Grenzen ziehen und verstärken können. Seine Studie veranschaulicht, wie die politischen Kommentare der FAZ die Räume jenseits der europäischen Außengrenze als Bedrohung für die kulturelle Einheit und den Wohlstand Europas stilisieren. Dieses Forschungsprogramm folgt den Prämissen der linguistischen Wende in den Sozialwissenschaften. Mindestens ebenso folgenreich für die akademische Suche nach Erklärungsmustern sozialer Phänomene war die kulturalistische Wende, in deren Zeichen die folgenden Beiträge stehen.

Große Köpfe für große Fragen

Jürgen Habermas · Saskia Sassen · Peter Bofinger
Seyla Benhabib · Jens Reich · Katajun Amirpur
Norman Birnbaum · Micha Brumlik · Rudolf Hickel
Claus Leggewie · Friedrich Schorlemmer

Dies sind nur 11 der 22 »Blätter«-Herausgeber.
Lernen Sie auch die anderen kennen –
und viele weitere kluge Köpfe.



Monat für Monat 128 Seiten mit Biss. | Probeheft auf www.blaetter.de

oder telefonisch unter: 030/3088-3644

Boys will be boys and girls will be girls

Im Zuge dieser Wende rückten kulturelle Praktiken und Prozesse in den Fokus der Geistes- und Sozialwissenschaften. Die Beiträge von *Kerstin Bischl* und *Juliane Löffler* beschäftigen sich mit den Konsequenzen eben solcher Praktiken. Dabei nehmen sie sich einer der elementaren Grenzen der Menschheit an: der Grenze zwischen den Geschlechtern. Ganz im Sinne von „*boys will be boys and girls will be girls*“ sind es eben nicht biologische Gründe, sondern kulturelle Rollenzuschreibungen, die für die Grenzen in den beiden Texten verantwortlich zeichnen.

Kerstin Bischl schildert den Alltag der Frauen in der Roten Armee an der deutsch-sowjetischen Front. Sie macht dem Leser die Erfahrungen einer Generation von Frauen zugänglich, die die damalige Grenze zwischen Mann und Frau fundamental erschütterten – und doch nicht überwinden. Entgegen dem Tenor biologistischer Veröffentlichungen wie *Warum Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken können* (Pease/Pease 2002) zeigt sich hier, wie die männlichen Sowjetsoldaten der Emanzipation der Frontfrauen entgegenstanden, indem sie sie mit ihren rollenspezifischen Erwartungen konfrontierten.

Zu einem ähnlichen Befund kommt *Juliane Löffler*, die den Ursachen des Trends zur Intimchirurgie nachgeht. Frauen- und Lifestyle-Magazine feiern intimchirurgische Eingriffe als Mittel einer neuen Freiheit, das Äußere selbst zu bestimmen. Die Autorin offenbart, dass dies ein Trugschluss ist. Vielmehr sei die *Designervagina* ein Produkt gesellschaftlicher Normen, die traditionalistische Rollenzuschreibungen reproduzierten. Dieser medial forcierte Gestaltungsimperativ ist Teil des ökonomischen Konkurrenzdikts, dessen Einzug in die Sexualität Michel Houellebecq 1994 in seiner *Ausweitung der Kampfzone* umriss: „In einem völlig liberalen Sexualsystem haben einige ein abwechslungsreiches und erregendes Sexualleben; andere sind auf Masturbation und Einsamkeit beschränkt. Der Wirtschaftsliberalismus ist die erweiterte Kampfzone, das heißt, er gilt für alle Altersstufen und Gesellschaftsklassen. Ebenso bedeutet der sexuelle Liberalismus die Ausweitung der Kampfzone, ihre Ausdehnung auf alle Altersstufen und Gesellschaftsklassen.“ (Houellebecq 1999: 108f.)

In dieser Kampfzone tauschen Frauen ihre körperliche Unverwechselbarkeit gegen eine idealisierte intime Uniformität, um nicht hinter ihre Konkurrentinnen zurückzufallen.

Diese Auswahl zeigt, wie vielfältig man sich dem Konzept ‚Grenze‘ nähern kann. Dabei offenbaren alle Beiträge in ihren Betrachtungen einen Kern, der

für jede dieser Grenzen zu gelten scheint: Grenzen durchziehen Kontinente, Staaten und Schlafzimmer – aber vor allem die Menschen selbst. Wer Grenzen hinterfragt, zweifelt vermeintliche Gewissheiten über die Beschaffenheit der Wirklichkeit an, die das Denken sehr bequem machen. Weil wir selbst Subjekte und Objekte dieser Abgrenzungen sind, fällt uns die Auseinandersetzung mit diesen Grenzen schwer. Diese Übung ist fundamental für einen wie auch immer gearteten Fortschritt, weil ein Bewusstsein um die Allgegenwärtigkeit und Ambivalenz gesellschaftlicher Grenzen auch immer ein Gradmesser für die Entwicklung der Gesellschaft selbst ist. Das Motto der Beiträge dieser Ausgabe könnte also lauten: „Die Grenze verläuft zwischen oben und unten, zwischen mir und dir, durch sie und ihn.“

° **Angelo D’Abundo** für die Redaktion

Quellenverzeichnis

- Baxmann, Marc/Müller-Hennig, Marius/Heinrich, Wolfgang, et al. (2011): Neuer Staat, endlich Frieden? Lehren des „Statebuilding“ vom Kosovo über Somaliland bis zum Südsudan. Bonn, Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag.
- Crouch, Colin (2011): The Strange Non-Death of Neoliberalism. Cambridge, Polity Press.
- Houellebecq, Michel (1999): Ausweitung der Kampfzone. Berlin, Wagenbach.
- Klein, Josef (2010): Sprache und Macht. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (8): 7-13.
- Meadows, Dennis L. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.
- Meier, Christian (1988): Die politische Kunst der griechischen Tragödie. München, Beck.
- Pease, Allan/Pease, Barbara (2002): Warum Männer nicht zuhören und Frauen schlecht einparken. Ganz natürliche Erklärungen für eigentlich unerklärliche Schwächen. München, Ullstein.
- Schirmacher, Frank (2011): Demokratie ist Ramsch. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr.255, 2.11.2011, S.29. URL: www.faz.net/aktuell/feuilleton/der-griechische-weg-demokratie-ist-ramsch-11514358.html.
- Strange, Susan (1996): The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy. Cambridge [u.a.], Cambridge Univ. Press.